

# INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

114/22

ERDGAS

Kein Friede in  
Cabo Delgado

LANDREFORM

Ebenhaeser  
erfolgreich

VERFASSUNG

Jody Kollapen zu Südafrika 2022



# SADOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

## SADOCC

- » **Dokumentation und Bibliothek in**  
**1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1**  
**(Öffnungszeiten auf Anfrage)**  
**Tel. 01/505 44 84**  
**Fax 01/505 44 84-7**  
**www.sadocc.at**
- » **das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA**
- » **monatliche Veranstaltungen: »Forum Südliches Afrika«**
- » **Stadtspaziergänge »Afrikanisches Wien«**
- » **Nelson Mandela-Tag jeden 18. Juli**

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 30,- (für Institutionen EUR 50,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten.

Das Abonnement von INDABA kostet EUR 18,-. Abos, Mitgliedsbeiträge und Spenden bitte auf unser Konto bei der BA-CA, IBAN AT57 1200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW.

## Elfriede Pekny-Gesellschaft

Die *Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von Southern African Studies* in Österreich (benannt nach der Ende 2004 verstorbenen SADOCC-Generalsekretärin) ist der wissenschaftliche Arm von SADOCC.

Letzte Buchveröffentlichungen: *Afrikanische Häftlinge im KZ Mauthausen* (Walter Sauer, Nikos Stamatiou); *Begegnung Südliches Afrika – Arbeit und Leben global gedacht*. Reader zum gleichnamigen Projekt (Segal Hussein).

Wir ersuchen um Spenden – diese können laut Bescheid des zuständigen Finanzamtes von der Steuer abgesetzt werden.

**Kto. Nr. 507 860 22463, BLZ 12000,**  
**IBAN AT21 1200 0507 8602 2463,**  
**BIC BKAUATWW**

**18. Juli 2022**  
**Internationaler**  
**Nelson Mandela-Tag**

## Leserbrief

Zum Beitrag „**Für eine neue Blockfreienbewegung**“ (INDABA 113/22, S. 27):

Viele afrikanische Staaten haben sich bei einer Abstimmung zum Ukraine Konflikt in der UNO der Stimme enthalten. Der Intellektuelle Steven Friedmann kommentiert das in der letzten Indaba-Ausgabe und plädiert für eine neue blockfreie Bewegung. Bei gravierenden Verstößen gegen das Völkerrecht, der territorialen Integrität von Staaten u. Ä. ist Blockfreiheit eine Einladung an Staaten, die Rufe der Opfer zu ignorieren. In Krisensituationen scheitert die UNO meist an ihren Abstimmungen: wegen des Vetorechts im Sicherheitsrat und zwischenstaatlicher wirtschaftlicher Abhängigkeiten in der Generalversammlung.

Um den Autor zu zitieren: „*Der Grundsatz, Staaten, denen die Menschen am Herzen liegen, sollten keine Blöcke unterstützen, ist heute so aktuell wie damals. ... weil Demokratie das Recht der Menschen bedeutet, sich selbst zu regieren ...*“. Mit Blick auf die heutige Ukraine hinterläßt diese Aussage einen fahlen Geschmack. Auch die fehlende Bereitschaft des Westens, sich gegen massive Verstöße in vielen Teilen der Welt klar zu positionieren, z. B. in Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten, kann man nur verurteilen. Benötigt die Welt wirklich mehr „*Wegschauen*“? Es gibt Situationen, in denen es der Anstand gebietet, Haltung zu zeigen, ohne Rücksicht auf Blockfreiheit, Neutralität oder Wirtschaftsinteressen. Das bekannte Zitat „*Das Einzige, was für den Triumph des Bösen notwendig ist, ist, daß gute Menschen nichts tun.*“ entstammt einer Rede des Philosophen John Stuart Mill an der Universität von St. Andrews im Jahr 1867. Das ist eine zeitlose, wenn vielleicht auch naive Richtschnur für eine solidarischere Welt.

Dr. Max Abensperg-Traun

	<b>3</b>	<b>Militär reicht nicht aus</b>
		Nur die Beseitigung der sozialen Ursachen für den Aufstand in Cabo Delgado wird auf Dauer zu Frieden führen, schreibt die <i>International Crisis Group</i> .
		
<b>Bergbau und Oligarchen</b>	<b>4</b>	
		<b>12</b> <b>Gerechtigkeit für die Ebenhaeser</b>
		Ein überfälliger Erfolg für die südafrikanische Landreform
<b>Frank Chikane in Palästina</b>	<b>16</b>	
		<b>14</b> <b>Krise in Eswatini</b>
		Daniel Stögerer über die aktuelle Entwicklung
<b>Kolumne Adalbert Krims</b>	<b>17</b>	
		<b>18</b> <b>Verfassung ersetzt nicht Engagement</b>
		Jody Narandran Kollapen, in Österreich nicht unbekanntes Mitglied des Verfassungsgerichts in Johannesburg, über die politische Krise Südafrikas
<b>Autorinnen aus Namibia</b>	<b>22</b>	
<b>Nachruf auf Helmut Ornauer</b>	<b>26</b>	

IMPRESSUM: **Herausgeber und Medieninhaber (Verleger):** Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). E-Mail: office@sadocc.at. URL: www.sadocc.at. **Druck:** Medienfabrik Wien. **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Layout:** Dechant Grafische Arbeiten. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Andreas Burghofer, Adalbert Krims, Christa Hager, Joe Hanlon, International Crisis Group, Jody Narandran Kollapen, Simon Loidl, Rudolf Mayerhofer-Sebera, Fazel Randera, Walter Sauer, Daniel Stögerer, Ulrich van der Heyden, John Yeld. **Fotos:** Bernhard Bouzek, Elisabeth Mandl, United Nations Population Fund Mozambique (Coverfoto), Franz Josef Rupprecht (kathpress), SADOCC, Lolo Vasco (Festspielhaus St. Pölten), www. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 5. Juni 2021. **Konto:** BACA, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BAWAATWW. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Johann Gattringer; Ingeborg Grau; Helmuth Hartmeyer; Peter Jankowitsch; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Adalbert Krims; Kirsten Rüter; Godwin Schuster.



# Moçambiques umkämpfter Norden: Vom Frieden noch weit entfernt

*In Cabo Delgado, Moçambiques nördlichster Provinz, konnten ausländische Truppen und die Armee beträchtliche Gebiete zurückerobern, die zuvor von den Aufständischen gehalten wurden (INDABA 110/21). Internationale Hilfe brachte der Bevölkerung eine gewisse Erleichterung. Doch allein sind diese Maßnahmen kaum in der Lage, einen Konflikt zu lösen, dessen Ursachen in lokalen Mißständen liegen, schreibt die International Crisis Group in einem aktuellen Report.*

**M**ehr als 3.000 Soldaten aus Rwanda und den Mitgliedstaaten der *Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika* (SADC) wurden seit Juli 2021 in Cabo Delgado stationiert. Aufständische hatten hier verheerende Schäden angerichtet und 800.000 Menschen vertrieben; mehr als 3.700 Menschen fielen seit 2017 dem Konflikt zum Opfer. In kurzer Zeit zerstörten die ausländischen Soldaten alle wichtigen Stützpunkte der Aufständischen und eroberten wichtige Gebiete zurück. Rwandesische Streitkräfte sicherten im Rahmen eines bilateralen Abkommens mit Maputo die Halbinsel Afungi, auf der das französische Unternehmen *Total* ein milliardenschweres Gasprojekt betreibt, und eroberten den strategisch wichtigen Hafen von Mocímboa da Praia zurück. Die SADC-Truppen scheinen hingegen Schwierigkeiten zu haben, die Aktivitäten der Aufständischen im Zentrum der Provinz zu unterbinden.

Der Aufstand ist noch lange nicht erloschen. Viele Kämpfer haben sich einfach unter die Zivilbevölkerung ge-



*Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa und Präsident Filipe Nyusi von Moçambique bei einem Besuch in Cabo Delgado im Februar 2022*

misch und warten auf den richtigen Zeitpunkt für ihre Remobilisierung. Kleine Gruppen verüben weiterhin Anschläge im Zentrum, an der Küste und im Norden der Provinz. Der Aufstand könnte leicht wieder aufflammen, wenn sich die ausländischen Streitkräfte zurückziehen. Moçambique könnte zu einem Aufmarsch- oder Trai-

ningsgebiet für Kämpfer werden, die Gebiete in den Nachbarländern bedrohen.

Nach wie vor ist das Problem der Vertriebenen gravierend. Zwar sind Zivilisten nach Palma und an andere Orte zurückgekehrt, doch sind nach wie vor fast 750.000 Menschen von ihren Wohnorten in Cabo Delgado



# in Provinz Zambezia

Der genannte Ibrahim Bocoum ist Miteigentümer von *Gold Mining Corporation*. Die Firma betreibt eine Mine in Gile, die von der Familie Sumbana gegründet wurde, den Geschwistern Edgar, Amelia und Hanisse. Im Bezirk Gile gibt es eine Reihe von Minen, die Gegenstand von Konflikten sind, berichtet Savana.

*Euro-Export Mining* baut Turmaline in Gile ab, und das moçambikanische Unternehmen *Montanha Branca* wurde am 3. Mai 2021 Aktionär. Beide stehen unter dem Vorsitz von Helio Mualeia, dem Sohn von Rosario Mualeia, dem ehemaligen Gouverneur von Nampula und Gaza, stellvertretenden Tourismusminister und Leiter der Eisenbahngesellschaft (CFM). Eine weitere Turmalinmine in Gile wird von Francisco Faustino betrieben, dem Sohn des Generalsekretärs der *Vereinigung der Veteranen des Befreiungskrieges* ACLLIN (Associação dos Combatentes da Luta da Libertação Nacional). Er arbeitet mit einer chinesischen Firma zusammen.

Die Genossenschaft der *Garimpeiros von Intira* (Cogic) in Gile hat 25 Mitglieder, die kleine Goldminen kontrollieren. Sie wird von einem Einheimischen aus Intira, Salmo Marcelino, kontrolliert, aber die anderen 24 Mitglieder stammen aus Nampula, Sofala und Maputo. Die Macht der Oligarchen geht auf die Familie von Bonifacio Gruveta zurück, der viele Jahre lang der mächtigste Mann in Zambezia war und 2011 starb. Cogic hat komplexe Verbindungen zu einem chinesischen Unternehmen. Lokale Garimpeiros haben informelle Verträge mit Cogic-Mitgliedern, die von dem Gold profitieren. Offiziell erhalten die Garimpeiros 40 US-Dollar pro Gramm Gold, doch ein Großteil davon wird einbehalten, um die Ausrüstung der Bergleute zu bezahlen, sodaß ihnen nur 5 US-Dollar pro Gramm bleiben. Der internationale Goldpreis lag letzte Woche bei 63 US-\$ pro Gramm.

Raul Senda betont in seinem Artikel auch die Armut der Menschen, die in der Nähe dieser Minen leben, und der Garimpeiros, die wenig von den neuen Bergwerkseigentümern profitieren.

Joe Hanlon

2021 begann sich die Sicherheitslage im zentralen Mavago-Distrikt von Niassa zu verschlechtern, was durch einen Überfall auf ein Polizeifahrzeug deutlich wurde. Ende November griffen die Aufständischen dann Nualala, ein Dorf im Bezirk Mecula, an, überfielen ein Gesundheitszentrum und griffen Polizeieinheiten an. In den darauffolgenden Tagen kam es zu weiteren Angriffen in Mecula, die bis zu 4.000 Menschen zur Flucht zwangen. Beamte befürchten, daß die Aufständischen versuchen könnten, den äußersten Südwesten von Niassa zu destabilisieren, ein Gebiet an der Grenze zu Malawi, wo die Spannungen zwischen Christen und Muslimen den moçambikanischen Aufständischen helfen könnten, weitere Kämpfer zu rekrutieren, um sie nach Niassa zu ziehen.

Die Aufständischen scheinen weiters ihre Angriffe auf Dörfer und Sicherheitsposten in der Region Mtwara im Süden Tanzanias zu verstärken. Sicherheitsquellen zufolge deuten diese Angriffe darauf hin, daß sie, nachdem sie in Cabo Delgado auf dem Rückzug sind, ihre Aufmerksamkeit nach Norden richten. Da der Süden Tanzanias immer instabiler wird, könnte er als Einfallstor für Dschihadisten dienen, die sich dem Kampf nicht nur im Norden Moçambiques, sondern auch im Osten der Demokratischen Republik Kongo anschließen.

**Z**war haben die internationalen Geber in der Zwischenzeit Hilfsmaßnahmen finanziert, die auf den Wiederaufbau der Infrastruktur, die Wiederherstellung der öffentlichen Dienste und die Unterstützung einiger Zivilisten bei der Wiederherstellung ihrer Lebensgrundlage inmitten der humanitären Krise ausgerichtet sind.



maximieren, sollten Moçambiques afrikanische Partner Maputo dazu drängen, einen Dialog mit den politischen Eliten aufzunehmen, die Einfluß auf Cabo Delgado haben. Die Gespräche könnten darauf abzielen, eine tragfähige Zukunft für die ehemaligen Aufständischen auszuhandeln, was wiederum mehr von ihnen zum Aufgeben bewegen könnte. Die Behörden und

### **Trotz Importdruck Moçambique jetzt autark bei Hühnerfleisch**

Dank der besseren Verfügbarkeit von Soja und Mais als Futtermittel und einer größeren Zahl von Geflügelzüchtern hat Moçambique im vergangenen Jahr 136.000 Tonnen Hühnerfleisch produziert, was 98 % des nationalen Bedarfs entspricht. Die Produktion ist im Vergleich zu 2020 um 13% gestiegen. **Grund dafür ist das verstärkte wirtschaftliche Engagement des Staates.** Jahrelang konnte einheimisches Hühnerfleisch preislich nicht mit importierten brasilianischen Tiefkühlhühnern konkurrieren (das analoge Problem mit EU-Hendl in Westafrika ist bekannt).

2004 wurde Soja als neue Kulturpflanze in Gurue eingeführt, und die örtlichen Kleinbauern erhielten erhebliche Unterstützung, u. a. in Form von Finanzmitteln, Pflügen und – was am wichtigsten ist – einem garantierten Absatzmarkt. Seitdem hat der Sojaanbau einen Boom erlebt. Er braucht keine Subventionen mehr, und die Preise sind niedrig genug, um die Hühnerproduktion rentabel zu machen. Aber es brauchte ein Jahrzehnt staatlicher Unterstützung, um Tausende von lokalen Familienbetrieben zu schaffen. Die wichtigste Lektion daraus: **Entwicklung nicht dem Privatsektor überlassen!**

Joe Hanlon

Eliten in Maputo und Cabo Delgado müssen daher möglicherweise entscheiden, welche materiellen Versprechen sie den Kämpfern machen können, einschließlich der Frage, wie sie an der Gas- und Bergbauindustrie beteiligt werden können, die die Grundlage für den Reichtum der Provinz bilden. Die Behörden könnten auch in Erwägung ziehen, einige ehemalige Kämpfer in die Planung der Sicherheitsvorkehrungen für die Provinz einzubeziehen, sobald die Militärkampagne beendet ist. Sie könnten auch darüber nachdenken, eine Amnestiepolitik für einfache Aufständische zu entwickeln und Demobilisierungslager einzurichten, in denen sich diejenigen, die die Voraussetzungen erfüllen, sicher stellen können.

Dialog kann nützlich sein, wird aber allein nicht ausreichen. Die Behörden müssen weiter daran arbeiten, der Bevölkerung, insbesondere den Opfern des Konflikts, Vorteile zu verschaffen, indem sie beispielsweise die humanitäre und Entwicklungshilfe aufstocken. Auch die regionale Zusammenarbeit ist entscheidend. Die moçambikanische Regierung und ihre Partner müssen ihre Bemühungen verstärken, die mit ISIS in Ostafrika verbundenen Finanz-, Rekrutierungs-, Ausbildungs- und Verbreitungszellen zu zerschlagen. Recherchen der Crisis Group haben ergeben, daß mutmaßliche dschihadistische und kriminelle Netzwerke, die in Südafrika operieren, erhebliche Mittel in die Region leiten. Die dortigen Ermittler haben begonnen, Verdächtige zu identifizieren, darunter auch Personen aus Ostafrika und vom Horn von Afrika, die Geld an Personen mit Verbindungen zu ISIS in Kenya geschickt haben. Finanzermittler in einigen Ländern haben Beweise dafür gesammelt, daß die Emp-

fänger das Geld an andere weitergeben, darunter an Personen in der Demokratischen Republik Kongo, Tansania und Moçambique.

**d**er Konflikt im Norden Moçambiques, der sich nun schon dem fünften Jahr nähert, ist eine der größten Bedrohungen für Frieden und Stabilität auf dem afrikanischen Kontinent. Moçambique und seine Nachbarn im Südlichen Afrika sowie das rwandesische Militär haben maßgeblich dazu beigetragen, einen Aufstand einzudämmen, den ISIS für sich reklamiert hat. Doch Militäroperationen allein werden wohl kaum eine Rebellion auslöschen, die aus dem Unmut großer Teile der Jugend von Cabo Delgado erwachsen ist. Al-Shabab-Elemente werden sich wahrscheinlich dem ISIS anschließen und dessen Unterstützung dafür suchen, weiterhin störende Angriffe in ihrer Heimatprovinz und möglicherweise auch anderswo im Norden des Landes zu verüben. Humanitäre und Entwicklungshilfegelder haben begonnen, die Spannungen vor Ort abzukühlen. Das mag einige junge Männer davon abhalten, zu den Waffen zu greifen, aber nicht genug von ihnen. Ohne die Bemühungen der Regierung, die politischen Wurzeln des Aufstands anzugehen, insbesondere durch einen Dialog, wird die Zivilbevölkerung von Cabo Delgado wahrscheinlich noch eine längere Zeit des Konflikts durchleben müssen.

*Der Bericht der International Crisis Group wurde am 10. Februar 2022 veröffentlicht und von INDABA redaktionell bearbeitet und gekürzt. Das Original ist abrufbar unter <https://www.crisisgroup.org/africa/southern-africa/mozambique/b178-winning-peace-mozambiques-embattled-north>.*

## ... spektrum ...

**Deutschlands Kanzler Scholz in Südafrika.** Nur zum Teil erfolgreich verlief der Besuch des deutschen Bundeskanzlers Olaf Scholz in Südafrika. Während Cyril Ramaphosa die Einladung zum G-7-Gipfel in Elmau Ende Juni annahm, um dort gemeinsam mit den G7-Staaten und den anderen Gastländern Senegal, Indien, Indonesien und Argentinien über „konkrete Initiativen“ zu Klimaschutz, nachhaltigen Investitionen, Ernährungssicherheit und globaler Gesundheit zu beraten, lehnte der südafrikanische Präsident Sanktionen gegen Rußland weiterhin ab. Er sei „berührt“ von den Erklärungen seines Gastes, sagte Ramaphosa, aber der „Konflikt“ könne nur durch „Dialog, Verhandlungen und Zusammenarbeit“ beendet werden. Er verwies auf die „weitreichende Wirkung“ der Sanktionen auf Staaten, „die nicht Teil des Konflikts sind“. Aus eigener Erfahrung wisse Südafrika, daß nur Dialog und Verhandlungen zum Erfolg führten. Zwar habe es auch Sanktionen gegen das Apartheidregime in Südafrika gegeben, letztendlich hätten aber „Verhandlungen den Apartheid-Alptraum beendet.“

Auf seiner dreitägigen Afrika-Reise ging es Scholz unter anderem darum, Verbündete für eine härtere Haltung gegenüber Rußland zu finden – keine leichte Aufgabe auf einem Kontinent, dessen Staaten die vom Westen eingebrachten UN-Resolutionen gegen den Krieg in der Ukraine nur zum Teil unterstützen und sich den Sanktionen des Westens gegen Rußland bisher nicht angeschlossen haben. Aus Sorge um ausbleibende ukrainische und russische Nahrungsmittellieferungen, was eine Hungerkatastrophe in weiten Teilen Afrikas auslösen könnte,



Cyril Ramaphosa und Olaf Scholz vor der Presse in Pretoria

brach der neue Vorsitzende der Afrikanischen Union, Senegals Präsident Macky Sall, zu einem Besuch Vladimir Putins in Sotschi auf – einen Tag nach Abreise des deutschen Kanzlers. Mit Südafrika würde Deutschland bezüglich der Ukraine im Gespräch bleiben, so Scholz bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Ramaphosa in Pretoria.

**Überschwemmungen in Kwa-Zulu-Natal.** Mehr als 500 Menschen kamen Mitte April durch die massiven Überschwemmungen in der südafrikanischen Provinz KwaZulu-Natal ums Leben. Südafrika verhängte nach der Katastrophe den Notstand. Dadurch können zusätzliche Mittel für die Bewältigung der Folgen der Flut freigegeben werden. Die Regierung kündigte Nothilfen in Höhe von umgerechnet rund 63 Millionen Euro an. Bei den schlimmsten Unwettern seit Menschengedenken in der Küstenregion um Durban fielen nach Angaben von Meteorologen binnen 48

Stunden mehr als 450 Millimeter Regen und damit fast die Hälfte der durchschnittlichen jährlichen Niederschlagsmenge (!). Insgesamt sollen etwa 40.000 Menschen durch die Überschwemmungen obdachlos geworden sein, Straßen und Brücken, viele Schulen sowie Teile der Hafenanlagen in Durban wurden zerstört. Da der Hafen von Durban einer der größten und meistgenutzten Terminals auf dem Kontinent und für die Wirtschaft Südafrikas wie auch der Nachbarstaaten (inklusive Namibia) eigentlich lebenswichtig ist, sind die wirtschaftlichen Folgen erheblich – Knappheit bei wichtigen Importprodukten und weitere Preissteigerungen sind bereits eingetreten. Unter anderem ist der Handel mit China stark betroffen.

Die Fluten – weitere Überschwemmungen folgten im Mai – führten zu einer heftigen innenpolitischen Debatte über die Ursachen. Während manche in ihnen Vorboten der prognostizierten Klimakatastrophe für das

östliche Südafrika sahen (INDABA 112/21) und ein verstärktes Engagement der Regierung einforderten, kritisierten andere die mangelhafte Wartung und Instandsetzung kritischer Infrastruktur durch die zuständigen Behörden.

**Rassistischer Vorfall an der Uni Stellenbosch.** Ein offenkundig rassistischer Akt im Studentenwohnheim *Huis Marais* der Universität Stellenbosch hat in Südafrika allgemeines Entsetzen ausgelöst, läßt aber tief in die Alltagskultur der früher rein bürischen Bildungsinstitutionen blicken. Ein weißer Student hatte im Zimmer eines schwarzen Studienkollegen auf dessen Laptop und Studienmaterial uriniert. Die Szene wurde offenbar mitgefilmt und in sozialen Medien weit verbreitet. Während der Täter seitens der Universität sofort suspendiert wurde, soll das Opfer des rassistischen Vorfalls mit Ausrüstung und Beratung unterstützt werden. Der neue Rektor der Universität Stellenbosch, der renommierte Menschenrechtsjurist Edwin Cameron, sprach sich bei seiner offiziellen Amtseinführung für eine diskriminierungsfreie Universität aus. Blade Nzimande, Minister für Hochschulbildung, Wissenschaft und Technologie, verurteilte den Vorfall „auf das Schärfste“ und begrüßte das rasche Handeln der Universitätsverwaltung; sie müsse mit aller Entschiedenheit dafür sorgen, Rassisten keinen Unterschlupf zu bieten.

**Stromausfälle in Südafrika.** Der verfrüht einsetzende Winter erhöht den Druck auf Südafrikas Energieversorgung noch weiter – fast tägliche Stromabschaltungen in weiten Landesteilen sind die Folge. Wie der staatliche Energieversorger ESKOM Mitte Mai mitteilte, läuft derzeit kein einziges

Kraftwerk auf voller Kapazität. Gleichzeitig steigt der Bedarf jahreszeitenbedingt auf täglich über 30.000 Megawatt, sodaß für die kommenden Monate eine Fehlkapazität von vierbis sechstausend Megawatt täglich prognostiziert wird. Da der lockdownbedingte Rückgang des Energieverbrauchs ausgelaufen ist, wird verstärkt auf Energiesparmaßnahmen gesetzt, wobei die Bereitschaft dazu gerade im wohlhabenden Haushalten endwollend zu sein scheint (z. B. beim Abschalten der Umlaufpumpen von Swimmingpools).

Eine in den letzten Wochen verstärkt in den Vordergrund getretene Ursache für die Stromkrise ist der systematische von Banden betriebene Diebstahl von Kabeln und Leitungen – ob „nur“ zum Weiterverkauf oder auch aus Gründen bewußter Sabotage, bleibt dahingestellt. Mitte Mai wurde berichtet, daß eine Kraftwerkeinheit der *Tutuka Power Station* bei Standerton im Verlauf von Renovierungsarbeiten durch Zerschneiden eines stromführenden Kabels lahmgelegt worden war – offenbar durch jemanden mit guten Ortskenntnissen.

*Stromnetz in Krise*



Laut einer Mitschrift von Fazel Randerer (danke!) erklärte ESKOM-Geschäftsführer André du Ruyter am 7. Mai im südafrikanischen Fernsehen (SABC), daß innerhalb von Eskom große Verbrechersyndikate mit flexiblen Strategien operierten. Als z. B. der systematische Diebstahl von Diesel gestoppt wurde, seien in einem bestimmten Kraftwerk Kohlevorräte in Höhe von R1,1 Mrd. verschwunden. Den Kohlelieferungen würden Metall und Steine beigemischt, um die Qualität zu verwässern, da nach Gewicht bezahlt wird. Es sei ein hochkarätiger Forensiker eingestellt worden, um die Sache aufzuklären. Als auf sein Haus geschossen wurde, sei er zurückgetreten. Verhaftete Bandenmitglieder würden auf Anweisung ranghoher Polizeioffiziere am nächsten Tag freigelassen usw. Insgesamt verursache der Diebstahl bzw. die Beschädigung von Kabeln, Überlandleitungen und Transformatoren einen jährlichen Schaden von etwa 2 Mrd. Rand, so Ruyter. Daß der *Bronkhorstspruit Regional Court* Mitte Mai zwei Männer wegen Kabeldiebstahl zu Gefängnisstrafen von 12 bzw. 15 Jahren verurteilte, wurde von ESKOM



## Die Ebenhaeser-Story (I)

# NEUER MEILENSTEIN DER LANDREFORM

*Fast ein Jahrhundert lang mußten die Angehörigen der kleinen Ebenhaeser-Community an der Westküste minderwertigen Gurd und Boden bearbeiten: 1926 waren sie durch die südafrikanische Rassentrennungspolitik von ihrem angestammten, fruchtbaren Land vertrieben worden. Jahrelange Verhandlungen im Rahmen der südafrikanischen Landreform fanden 2020, mitten in der Epidemie, einen erfolgreichen Abschluß. Von John Yeld.*

Ins-gesamt belief sich der Gesamtanspruch der Ebenhaeser-Gemeinde auf rund 23.700 Hektar Land; 2015 wurde sein Wert amtlich mit 363 Mio. Rand beziffert. Der 1996 eingereichte Restitutionsantrag der Ebenhaeser war eine der größten Rückforderungen im Westkap überhaupt – und einer von denjenigen, die am längsten ungelöst blieben. Nach langwieriger Mediation wurde endlich trotz Covid-19-Lockdown im Mai und Juni 2020 eine hochkomplexe Vereinbarung erzielt. Dabei wurde der letzte Stolperstein aus dem Weg geräumt: der Anspruch der Gemeinschaft auf Weinberge und anderes Agrargebiet mit einer Gesamtfläche von 677,4 Hektar und einem Wert von 168,4 Mio. Rand, der zuvor von den Landbesitzern vehement abgelehnt worden war.

Als Vermittler fungierte der pensionierte Richter Eberhard Bertelsmann, der zuvor am *Land Claims Court* tätig gewesen war. Als entscheidend erwies sich, daß alle beteiligten Parteien ein langwieriges und kostspieliges Gerichtsverfahren vermeiden wollten. Der Vergleich wurde am 28. August



*Madelein van Niekerk (Ebenhaeser Communal Property Association)*

2020 vom Land Claims Court in Kapstadt bestätigt. Die Vereinbarung sieht die Rückgabe des größten Teils jenes Landes vor, das die Ebenhaeser 1926 verloren hatten, und umfaßt weiters umfangreiche staatliche Förderungen zur Unterstützung der Gemeinschaft bei der Verwaltung der wiederher-

gestellten Farmen. Damit sollen Probleme vermieden werden, wie sie bei anderen großen Landforderungen, etwa bei Elandskloof in den Cederbergen, aufgetreten sind.

Ebenhaeser – der Name kommt in mehreren Varianten vor, ursprünglich hießen sie wohl Ebenezer – ist ein

kleines Dorf, etwa 40 km von Vredendal entfernt. Es geht auf einen Clan der lokalen Khoikhoi zurück. Ihr Kaptein Kees Louis hatte 1831 die *Rheinische Missionsgesellschaft* (RMS) eingeladen, eine Missionsstation zu errichten. Seine Nachkommen wurden allerdings 1926 gezwungen, ihr angestammtes Land und die Missionsstation zu verlassen.

„Als der Landantrag zum ersten Mal gestellt wurde, war ich noch in der Grundschule“, sagt Madelein van Niekerk, die heutige Vorsitzende der *Ebenhaeser Communal Property Association* (ECPA), und lacht. ECPA war die erste von drei Organisationen, die im Lauf des Verhandlungsprozesses gegründet wurden. Sie vertritt seit 2014 alle Anspruchsberechtigten, deren Zahl im Lauf der Zeit allerdings durch Todesfälle von ursprünglich 1.840 auf rund 1.000 gesunken ist. Eine weitere Organisation, der *Ebenhaeser Development Trust*, ist der operative Arm und kümmert sich um die ländliche Entwicklung. Die *Ebenhaeser Agri (Pty) Ltd.* schließlich wurde 2020 ins Leben gerufen und wird für die kommerziellen landwirtschaftlichen Tätigkeiten der Gemeinschaft zuständig sein.

Die Gründung der drei Gesellschaften sowie die Beschlußfassung über einen Entwicklungs- und Erwerbsplan waren wichtige Schritte im Rückerstattungsprozeß, der in Absprache mit dem damaligen Minister für ländliche Entwicklung und Landreform, Gugile Nkwinti, und der Kommission für die Restitution von Landrechten durchgeführt wurde.

Aut David Mayson, einem Spezialisten für Landreform und ländliche Entwicklung, der zunächst für das *Surplus People Project* und ab 2012 als



Ausarbeitung des Bewässerungsplans

leitender Berater für das Ministerium für Landangelegenheiten und die genannte Kommission tätig war, waren die Verhandlungen eine langwierige „Stop-Start-Stop-Start“-Affäre.

Das von den Ebenhaesern beanspruchte Land, teilweise hochproduktiv, gut bewässert und mit Weinreben bepflanzt, gehörte insgesamt 44 weißen Grundbesitzern, und ein weiterer Teil war staatlich. Von den Farmern lehnten zunächst alle die Ansprüche der Ebenhaeser ab. 2015 zog die Hälfte von ihnen ihre Einwände zurück und erklärte sich bereit, insgesamt 665 ha Land an die Regierung zu verkaufen. Dabei handelte es sich jedoch meist um kleine bzw. landwirtschaftlich unbedeutende Parzellen, und der Erwerb dieser und anderer beanspruchter Grundstücke verlief sehr langsam. Bis 2020 erwarb die Regierung lediglich 13 Parzellen.

Erst im Rahmen des Vergleichs

von 2020 stimmten die restlichen 22 unwilligen Verkäufer – in den Rechtsdokumenten als „beklagte Landeigentümer“ bezeichnet – ebenfalls zu, ihr Land zu verkaufen. Die Ebenhaeser erhielten auch die in staatlichem Besitz stehenden Parzellen zugesprochen: 3.160 ha außerhalb des bewässerten Landwirtschaftsgebiets, zwei Grundstücke mit insgesamt 739 ha Fläche in der Nähe des kleinen Fischerdorfs Papendorp bei der Mündung des Flusses

und 18.288 ha des „neuen Ebenzer“-Gebiets, in das die Gemeinde 1926 im Rahmen eines staatlichen Programms zwangsumgesiedelt worden war. Von Pretoria wurden weiters fast 51 Millionen Rand „Entwicklungshilfe“ zugesagt, um die Umsetzung der Vereinbarung sowie zukünftige Entwicklungs- und Ausbildungskosten zu finanzieren. Weiters sollen 9 Mio. R Entschädigung an einzelne Mitglieder gezahlt werden, die aufgrund der schleppenden Bearbeitung des Land-

## Gut bewässertes Land für Weinbau

anspruchs durch die Behörden seit 2015 Nachteile erlitten hatten, sowie 24 Mio. R Entschädigung an jene Nachkommen der Ebenhaeser-Gemeinschaft, die nicht Mitglied der ECPA sind, weil sie inzwischen anderswo leben. Mayson beschreibt das endgültige *Settlement Agreement* von 2020 als neuartig und kreativ, weil es so weitreichend ist. „*Es war eine unglaubliche Erfahrung, an diesen letzten Verhandlungen teilzunehmen*“, sagt er.

In der Vereinbarung zur endgültigen Beilegung des Ebenhaeser-Landanspruchs vom August 2020 räumen die 22 „*beklagten Landeigentümer*“ ein, daß die Ebenhaeser-Gemeinschaft aufgrund „*rassendiskriminierender Gesetze oder Praktiken*“ ihrer Landrechte beraubt wurde. Der Ebenhaeser Communal Property Association (ECPA) wird das Recht eingeräumt, die restlichen Grundstücke mit allen Wasserrechten am 1. April 2021 und die Häuser, Nebengebäude, Lagerräume, Schuppen und andere Bauten bis spätestens 31. Juli 2021 zu übernehmen; komplizierte Klauseln regeln Details des Übergangsprozesses, etwa die Verteilung der Ernte während der Übergangszeit.

**d**ie Ebenhaeser-Gemeinde macht sich keine Illusionen darüber, wie viel harte Arbeit noch vor ihr liegt, um die Landrückgabe zu einem Erfolg zu machen. Frau van Niekerk, die 2018 zur ECPA-Vorsitzenden gewählt wurde, sagt, die Verhandlungen hätten sie *verskriklik moeg* (extrem müde) gemacht. „*Für uns ist die Einigung eine gute Sache und es gibt viele Pläne. Wir haben viele Träume für unsere Gemeinschaft. Aber wir*

*müssen auch verstehen, daß es Umsetzungspläne für die Landwirtschaft gibt, die wir befolgen müssen, und der Staat war mit seinem Rekapitalisierungs- und Entwicklungsprogramm nicht pünktlich. Wir sind noch nicht da, wo wir sein wollen, aber wir stehen am Scheideweg und sind damit beschäftigt, für uns selbst einzustehen.*“

Mark Mannel, Treuhänder des Ebenhaeser Trusts und Direktor von Ebenhaeser Agri (Pty) Ltd., erinnert sich noch gut an die Schwierigkeiten, nachdem die ersten sieben Farmen an die Gemeinschaft übertragen wurden.

„*Wir mußten 2015 mit null staatlicher Unterstützung anfangen, aber wir haben es trotzdem geschafft, die Ernte in die Keller zu liefern. Wir haben viele Lektionen aus dieser Notlage gelernt. Seit 2017 geht es bei uns bergauf, die Ernteerträge sind gewachsen.*“

Unter den verschiedenen Partnerschaften, die der Trust aufgebaut hat oder gerade aufbaut, ist Mannel besonders stolz auf die Beziehung zu *Stellar Wines* aus Vredendal, Südafrikas größtem Hersteller von biologischen, fair gehandelten Weinen. Im Rahmen eines 20-jährigen Kooperationsvertrags wird die gesamte Weinbergproduktion von Ebenhaeser zu wettbewerbsfähigen Preisen abgenommen.

„*Wir sind sehr positiv gestimmt, wir wissen, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Aber wir müssen unsere Leute so ausbilden, daß sie eigen-*

*ständige Landwirte werden können, auch wenn das nicht von heute auf morgen geht.*“

**b**ei der Zeremonie im März 2021, während der die Eigentumsurkunden an die Ebenhaeser übergeben wurden, sprach Präsident Cyril Ramaphosa über die Brutalität der Apartheidgesetze und der Landenteignung, speziell in den Farmgebieten des Western Cape. „*Die Geschichte der Farmarbeiter und Arbeitspächter am Westkap war bisher – wie die Geschichte der Farmarbeiter anderswo – eine Geschichte der Tränen. Sie war eine Ge-*

*schichte der Entwurzelung, der Enteignung... die Geschichte einer der größten Ungerechtigkeiten in unserem Land*“, sagte Ramaphosa.

Nun hat die Ebenhaeser-Vereinbarung vom August 2020 einen Teil dieser Ungerechtigkeit beseitigt, das Unrecht eines Jahrhunderts der Ungerechtigkeit rückgängig gemacht und Erleichterung für einige sehr tiefe kollektive Schmerzen gebracht. ■

*Der Beitrag erschien im Oktober 2020 in Groundup (<https://www.groundup.org.za/article/almost-century-later-land-claimants-get-thousands-hectares-farm-land-back-and-big-vineyards/>) und wurde redaktionell stark gekürzt. Für das nächste INDABA hat David Mayson, der im Text erwähnte Berater der Ebenhaeser Community, einen Beitrag über die seitherige Entwicklung zugesagt. Besitz- und Arbeitsverhältnisse im südafrikanischen Weinbau sind ein Schwerpunkt unseres Dialogprojekts (S. 27).*

## Eine „Geschichte der Tränen“ beendet

## Erfolgreich Ernte in die Keller gebracht

# Eine Monarchie im Umbruch?

*Seit einem Jahr protestieren Menschen in Eswatini (früher Swaziland) ungebrochen für Demokratie und bessere Lebensbedingungen. Selbst Regierungsgewalt und politische Verfolgung schüchtern die Demonstranten mittlerweile nicht mehr ein. Wohin entwickelt sich die letzte absolute Monarchie Afrikas gerade?  
Von Daniel Stögerer.*

Es ist der 19. April 2022. Menschenmengen tummeln sich an den Grenzübergängen von Südafrika nach Eswatini. Man tanzt, schwingt ausgelassen Parolen. Journalisten interviewen da und dort optimistisch wirkende Aktivisten. Alles in allem würde die Demo gegen die Monarchie in Eswatini einen heiteren Eindruck machen, erinnerten die Schilder, die die Demonstranten in die Höhe halten, nicht an den Ernst der Lage:

„We want justice for murdered 150 Swazis killed by Mswati.“ oder „Mswati must account for human rights violations.“ Harte Anschuldigungen gegen den seit 1986 in Eswatini

regierenden König Mswati III., der an diesem Tag in der Regel auf möglichst opulente Weise seinen Geburtstag zu feiern pflegt. Auf Staatskosten, versteht sich.

Die inzwischen seit einem Jahr anhaltenden Proteste gegen den Monarchen, der sich im Land mit der geringsten Lebenserwartung Afrikas Privatjets und Luxuslimousinen wie zum Beispiel der Marke Mercedes-Maybach gönnt, gewinnen international zunehmend an Unterstützung. Die Demos an den Grenzübergängen wurden von der südafrikanischen Oppositionspartei EFF (*Economic Freedom Fighters*) in Kooperation mit

ihrem Swazi-Pendant und PUDEMO (*People's United Democratic Movement*), der größten (offiziell verbotenen) Oppositionspartei in Eswatini, organisiert. „Wir kämpfen für eine humane, gerechte und egalitäre Gesellschaft, deren wirtschaftlicher Erlös nicht Individuen, sondern dem Volk gehört“, erklärt PUDEMO-Präsident Mlungisi Makhanya. „Der Großteil der Bevölkerung hat keinen Zugang zu menschenwürdiger Unterkunft, Bildung und Gesundheitsversorgung. Das muß sich verändern.“

Forderungen nach demokratischen Reformen sind keine Neuheit in der absolutistisch geführten Monarchie. Die Intensität und die Hartnäckigkeit, mit der die Bevölkerung seit nunmehr einem Jahr dafür protestiert, allerdings schon. Auslöser für die Unruhen war der fragwürdige Tod des Jusstudenten Thabani Nkomonye am 8. Mai 2021. Die Polizei erklärte den Angehörigen, er sei bei einem Verkehrsunfall verstorben, seltsamerweise sei seine Leiche dabei nicht auffindbar gewesen. Wenige Tage später entdeckte seine Familie diese dann unweit des vermeintlichen Unfallortes mit mehreren Schußverletzungen in Schulter, Bauch und Oberschenkel sowie herausgebohrten Augen.

Leben im Luxus: Zwei der 15 Frauen des Königs





Strassenproteste in Eswatini

Die Gründe für den Mord bleiben nach wie vor ungeklärt. Um ihrer Empörung Ausdruck zu verleihen, begannen Eswatinis Bürger wenige Tage später an zahlreichen Orten gegen die Polizeigewalt im Land zu demonstrieren. Mit zunehmender Teilnehmerzahl verlagerte sich der Zorn der Demonstranten von der Polizei auf den ihr vorstehenden Monarchen.

„Wir fordern nicht bloß das Ende der Polizeigewalt, sondern gehen einen Schritt weiter und fordern eine Mehrparteiendemokratie, in der die Polizei dem Volk gegenüber verantwortlich ist und nicht nur dem König“, erklärte Colani Kulekani Maseko, Präsident der *Swaziland National Students' Union*, bei einer Demonstration. Der Frust über den König war so groß, daß einzelne Demonstranten dazu übergingen, Läden und Supermärkte, an denen er Anteile besitzt, zu plündern und in Brand zu stecken. Die Polizei ging daraufhin mit Tränengas und scharfer Munition gegen die Demonstranten vor. Tote folgten.

Das gesamte letzte Jahr herrschte Aufruhr in Eswatini (INDABA 111/21). Nach den Protesten im Mai und Juli wurden die beiden pro-demokratischen Parlamentsabgeordneten Bacede Mabuza und Mthandeni Dube

unter dem Vorwand der Gewaltanstiftung festgenommen. Im September veranstalteten Schüler und Schülerinnen in den Regionen Shiselweni und Lubombo Sitzstreiks, um auf die katastrophalen Zustände in den Schulen aufmerksam zu machen. Im Oktober streikten Busfahrer und Busfahrerinnen, nachdem ein protestierender Kollege von der Polizei erschossen wurde. Kurz darauf sperrte die Regierung Facebook, um die wieder im ganzen Land aufkeimenden Proteste zu unterbinden. Anscheinend ohne Erfolg, denn schon im November begannen Krankenpflegerinnen und -pfleger sowie Spitalsbedienstete gegen Medikamenten- und Nahrungsmittelknappheit in den Krankenhäusern zu demonstrieren. Und schließlich steckten Protestierende im vergangenen Februar ein Auto der Zeitung *Times of Eswatini* in Brand, da diese ihnen zufolge von der Regierung kontrolliert werde. *Amnesty International* zieht in einem Bericht zum Jahr 2021 eine erschreckende Bilanz zu den Protesten: Bis zum Oktober hin wurden über 1.000 Demonstranten, darunter 38 Kinder, willkürlich verhaftet, über 80 wurden getötet und über 200 verletzt. Die Zahl dürfte bis dato noch deutlich angestiegen sein.

Wie geht es also weiter? Daß König Mswati den Willen seines Volkes nicht auf Dauer mit Gewalt unterdrücken kann, dürfte er bereits erkannt haben. Nach einem Arbeitsbesuch des südafrikanischen Präsidenten Cyril Ramaphosa, der zu diesem Zeitpunkt dem Verteidigungs- und Sicherheitsorgan der *Southern African Development Community* (SADC) vorstand, erklärte der Monarch im Oktober letzten Jahres seine Bereitschaft zu einem nationalen Dialog, um gemeinsam mit der Bevölkerung Lösungen für die andauernde Krise diskutieren zu können. Dieser Dialog sollte im Rahmen eines weiteren sogenannten *Sibaya*, einer traditionellen Volksversammlung, stattfinden und wurde für das Frühjahr 2022 angesetzt.

Einmal davon abgesehen, daß dieses *Sibaya* bis dato nicht stattgefunden hat, kritisieren NGOs und Oppositionsparteien die mangelnde Eignung einer solchen Veranstaltung für einen offenen Dialog, da der König Ort und Agenda der Versammlung bestimmen dürfe. Die SADC befürwortet in ihren Presseaussendungen hingegen die Tatsache, daß der König zumindest einen ersten Schritt in Richtung Partizipation seines Volkes setzt. Ob Mswati tatsächlich zu solch tiefgreifenden Reformen wie einer parlamentarischen Monarchie – der Mindestforderung der Opposition – bereit ist, bleibt abzuwarten. Einen Erfolg haben Eswatinis Bürgerinnen und Bürger allerdings bereits verbucht: Sie haben gelernt, daß ihr König ihre Bedürfnisse nicht ignorieren kann und wird, wenn sie ihm diese nur hartnäckig genug vor Augen führen.

## Beschränkung der Rechte des Königs?

# Frank Chikane in Palästina

*Vom 24. bis 27. Mai 2022 begleitete eine Delegation des Südafrikanischen Kirchenrates (SACC) den ehemaligen Generalsekretär und Vizepräsidenten des SACC, Pfarrer Frank Chikane, bei seinem Pastoralbesuch nach Palästina/Israel und erfüllte damit seine Zusage, ins Heilige Land zu reisen, was durch den Ausbruch des Coronavirus und die darauf folgenden Reisebeschränkungen verhindert worden war.*

**P**farrer Chikane reiste in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten des Weltkirchenrates und emeritierter Pfarrer der Apostolischen Glaubensmission Südafrikas (AFM). Zur Delegation gehörten Pfr. Mzwandile Molo, der Direktor für kirchliche Beziehungen und Gemeindeförderung der SACC, und Pfr. Moss Ntlha, der Generalsekretär der Evangelischen Allianz Südafrikas (TEASA) und Pastor der Evangelischen Kirche Ebenezer. Die Hauptziele des Besuchs waren:

1. Solidarität mit den Opfern der 55 Jahre andauernden israelischen Besatzung und der groben Verletzung ihrer Menschenrechte, einschließlich der arabischen Israelis innerhalb Israels, und seelsorgerische Besuche bei ihnen;
2. Mit den Verantwortlichen der Kirchen, den Verantwortlichen der Gemeinden und der palästinensischen und israelischen Regierung in Kontakt zu treten; und
3. Teilnahme an der jährlichen *Christ at the Checkpoint*-Konferenz in Bethlehem (Palästina).

„Mit unserer Reise ins Heilige Land haben wir uns vorgenommen, im Gebet nach Wegen und Möglichkeiten zu suchen, wie die 55-jährige Besetzung Palästinas durch Israel beendet und Frieden erreicht werden kann“, sagte Pfarrer Chikane. Diese Absicht wurde bei allen Gesprächen mit den Führern der Kirchen, Gemein-

schaften und den Regierungen der Völker Palästinas und Israels umgesetzt. Die Delegation stattete dem griechisch-orthodoxen Patriarchen von Jerusalem, Seiner Seligkeit Patriarch Theophilos III, dem palästinensischen Premierminister, dem Außenminister und dem Justizchef sowie Menschenrechtsorganisationen in Israel und Palästina einen Höflichkeitsbesuch ab. Sie besuchte das Al-Bustan-Viertel in Silwan und das Viertel von Scheich Jarrar, die von Zwangsräumungen und Umsiedlungen bedroht sind, und zwar auf der Grundlage des 1972 von der israelischen Knesset verabschiedeten Gesetzes, das jüdischen Israelis das Recht einräumt, Land zurückzufordern, das zuvor israelischen Juden gehörte – ein Recht, das Palästinensern oder arabischen Israelis nicht gewährt wird.

Pfarrer Chikane beklagte den Schmerz und das Leid der Menschen in Palästina: „Wir haben die von den israelischen Sicherheitskräften auferlegten Beschränkungen und die anschließende Vertreibung des palästinensischen Volkes miterlebt. Wir glauben, daß Gott den nicht enden wollenden Schmerz und das Leid des palästinensischen Volkes und derjenigen, die in Israel rassistisch diskriminiert werden, nicht einfach ignorieren kann.“

**Ü**ber die Berichte von Amnesty International, B'Tselem und Human Rights Watch hinaus, die Israel zu einem Apartheidstaat erklären,

konnte die südafrikanische Delegation eklatante Apartheid in den Gesetzen und der Durchsetzung der illegalen Besatzung sehen. Ihrer Ansicht nach fungiert das System [in Israel] in der Tat diskriminierender als das [seinerzeitige] Apartheidsystem in Südafrika, wo es wenigstens zivile Gerichte und keine Militärgerichte und militärische Anordnungen gab. Während eines Mediengesprächs betonte Chikane die Aufforderung an die internationale Gemeinschaft, einschließlich der Kirchen in aller Welt, den Konflikt in Israel/Palästina nicht zu ignorieren, insbesondere dort, wo Beweise für einen Apartheidcharakter des Staates [Israel] vorlägen. „Da wir das Apartheidregime in Südafrika miterlebt haben, waren wir schnell in der Lage, Parallelen zwischen dem heutigen Israel/Palästina und Südafrika unter der Apartheidherrschaft zu ziehen. Wir kämpften gegen die Ungerechtigkeiten, die uns als Afrikaner auferlegt wurden – mit Unterstützung der Welt; und jetzt sind wir an der Reihe, uns mit Palästina zu solidarisieren und die gleichen unterdrückerischen Praktiken und Überzeugungen, die von Israel ausgeübt werden, in Frage zu stellen“, sagte Chikane.

Pressemitteilung der Katholischen Bischofskonferenz Südliches Afrika vom 2. Juni (<https://sacbc.org.za/rev-frank-chikane-sacc-delegation-return-from-pastoral-and-solidarity-visit-to-the-holy-land/>).



## Afrika und der Ukraine-Krieg

Von Adalbert Krims

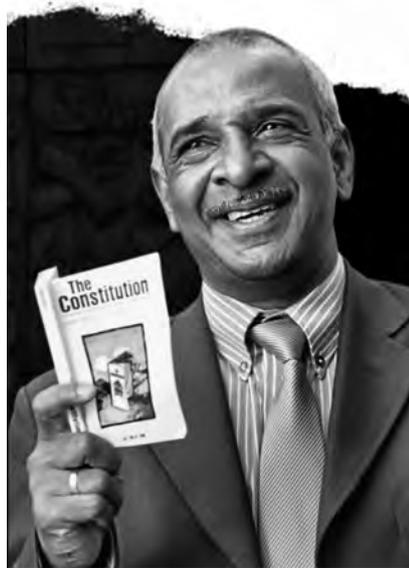
Vor eineinhalb Jahren schrieb ich an dieser Stelle zu den Auswirkungen des Klimawandels auf Afrika: „Das Dilemma besteht allerdings darin, daß Afrika einerseits am stärksten von allen Kontinenten vom Klimawandel betroffen ist, andererseits aber selbst am wenigstens dazu beiträgt und außerdem die geringsten Ressourcen hat, ihm entgegenzuwirken.“ In abgewandelter Form trifft das nun auch auf die Folgen des Ukraine-Krieges für Afrika zu. Rund die Hälfte aller afrikanischen Länder importiert mehr als ein Drittel ihres Weizens aus Rußland und der Ukraine, rund 30 Prozent sogar mehr als die Hälfte. Die Importausfälle bedrohen daher direkt die Ernährungssicherheit. Dazu kommen noch die exorbitanten Preissteigerungen nicht nur bei Getreide, sondern bei Nahrungsmitteln insgesamt, die ärmere Länder und ärmere Bevölkerungsschichten überproportional betreffen. Ein spezielles Kapitel sind die steigenden Energiepreise, von denen zwar einige afrikanische Länder sogar profitieren (die Öl- und Gasexporteure), die aber insgesamt zu einer gravierenden Beeinträchtigung der afrikanischen Wirtschaften führen werden – und das unmittelbar nach den schweren wirtschaftlichen Einbußen durch die Covid-19-Pandemie. Allerdings sind gerade die Preiserhöhungen bei Gas und Öl gar nicht auf eine reale Verknappung des Angebots zurückzuführen, sondern in erster Linie auf die westlichen Sanktionen und Sanktionsdrohungen, die sich sofort auf den „Märkten“ auswirken und die Spekulation befeuern. Ähnliches gilt auch für die Preissteigerung bei Düngemitteln (hier ist Rußland der größte Exporteur), die dramatische Folgen für die afrikanische Landwirtschaft und damit auch für die Eigenproduktion von Nahrungsmitteln hat. Schon jetzt steht fest, daß der Ukraine-Krieg, auf den Afrika keinerlei Einfluß hat, zu einer drastischen Zunahme von Hunger und Armut auf dem Kontinent führen wird. Die afrikanischen Staaten sind jedoch nicht nur Opfer des Krieges, sondern sie werden auch gegen ihren Willen in eine weltpolitische Auseinandersetzung hineingezogen. Trotz des politischen Drucks von Seiten der USA und der EU stimmte nur rund die Hälfte der afrikanischen Länder in der UNO-Generalversammlung am 2. März für die Verurteilung der russischen Invasion in der Ukraine.

Während ein Land (Eritrea) dagegen stimmte, enthielten sich 17 der Stimme und 8 nahmen nicht an der Abstimmung teil. Den Ausschluß Rußlands aus dem UN-Menschenrechtsrat unterstützten am 7. April nur 10 afrikanische Länder, 9 stimmten dagegen, 24 enthielten sich und 11 nahmen an der Abstimmung nicht teil. Da Südafrika eine Schlüsselrolle spielt, hatte US-Präsident Biden persönlich mit dem südafrikanischen Präsidenten Ramaphosa telefoniert, um ihn zur Zustimmung der gegen Rußland gerichteten UN-Resolutionen zu bewegen. Dennoch enthielt sich Südafrika der Stimme, und Ramaphosa sagte in einer Erklärung vor dem Parlament: „Der Krieg hätte vermieden werden können, wenn die NATO im Lauf der Jahre die Warnungen beachtet hätte, daß ihre Osterweiterung zu mehr und nicht zu weniger Instabilität in der Region führen würde.“ In der UNO-Generalversammlung betonte Südafrika, daß die Stimmenthaltung keine Duldung der russischen Militärintervention bedeute, die es für völkerrechtswidrig betrachte. Doch seien die Resolution und die Sanktionen Ausdruck „doppelter Standards der internationalen Gemeinschaft“, da bei ähnlichen Konflikten – wie z. B. Gaza oder Jemen – keine vergleichbaren Schritte gesetzt würden. Der Vorwurf der Doppelmoral des Westens spielte auch beim Abstimmungsverhalten anderer afrikanischer Staaten eine wichtige Rolle. Außerdem wolle man sich nicht in Konflikte zwischen den Großmächten hineinziehen lassen. Auch die unterschiedliche Haltung des Westens und Rußlands im Kampf gegen Kolonialismus und Apartheid wurde in afrikanischen Medien als ein Hintergrund genannt – ebenso wie das rassistische Verhalten gegenüber Afrikanern (vor allem Studenten) in der Ukraine und deren Nachbarländern. Schließlich scheint auch die Haltung Chinas, das inzwischen zum wichtigsten Handelspartner Afrikas aufgestiegen ist, einen Einfluß auf das Abstimmungsverhalten einiger afrikanischer Staaten ausgeübt zu haben. Die Uneinigkeit der Mitgliedsstaaten ist auch der Grund, warum die Afrikanische Union dem mehrmaligen Wunsch des ukrainischen Präsidenten Selensky nach einer offiziellen Videobotschaft an alle Mitgliedsstaaten bisher nicht stattgegeben, sondern nur betont hat, daß sie an einer raschen friedlichen Lösung des Konflikts interessiert sei.



ten war – einer Bewegung, die ethisch über jeden Zweifel erhaben war. Arbeiter, Lehrer, Anwälte, Eltern, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften und viele andere Interessengruppen bildeten eine widerstandsfähige gemeinsame Front und rissen Millionen von Menschen mit sich.

Es stellt sich also die Frage, wie sich so ein Kampf, der tief in der Lebenswirklichkeit von Millionen von Menschen verwurzelt war, zu dem neuen institutionellen Rahmen der Verfassung verhält, der die Erwartungen dieses Kampfes erfüllen sollte. Dazu einige Bemerkungen.



**E**rstens haben wir nicht einfach die Minderheitsherrschaft durch eine Mehrheitsherrschaft ersetzt, sondern durch ein System des Konstitutionalismus.

Zweitens wird demokratische Entscheidungsfindung, oder Mehrheitsherrschaft, in dem Maße anerkannt, als sie nicht gegen die Grundsätze der Verfassung verstößt. Dies ist insbesondere in Südafrika wichtig, wo die Ansprüche von Mehrheiten mit der Verfassung in Konflikt geraten können. Das Diktat der Mehrheit oder, wie manche sagen, die Tyrannei der Mehrheit muß ein gewisses Gegengewicht haben, wenn man eine wirklich integrative Gesellschaft aufbauen will. Dieser Grundsatz dient dem Schutz aller – heute mag er als Hindernis für die Geltendmachung bestimmter Ansprüche erscheinen, morgen kann sich dieselbe Gruppe auf ihn berufen, um ihre Interessen zu schützen.

Drittens: Die formalen Strukturen der Verfassung waren nie dazu gedacht, die natürliche Fähigkeit der Menschen zu ersetzen, sich zu einem Thema zusammenzufinden, sich zu organisieren, zu mobilisieren und die öffentliche Debatte voranzutreiben und auf politische Veränderungen, Gesetzesreformen usw. zu drängen. Die Strukturen der Verfassung sind zwar dazu da, ein entsprechendes Umfeld zu schaffen, aber sie sind keineswegs ausschlaggebend für die Art und Weise, in der sich die Menschen organisieren und mit den formellen staatlichen Institutionen in Kontakt treten. Wir müssen vielmehr aufpassen, daß die Erhabenheit der verfassungsmäßigen Ordnung keine abschreckende Wirkung auf das Lebenselixier der Demokratie hat

– die Menschen, die sich untereinander und mit ihrer Regierung auf die Art und Weise auseinandersetzen, die sie für am effektivsten halten.

**N**ach achtundzwanzig Jahren Demokratie äußern sich die Menschen unterschiedlich über den Zustand unserer Nation, und diese Ansichten reichen von vorsichtig optimistisch bis hin zu zutiefst pessimistisch. Andererseits sind die objektiven Fakten kaum zu bestreiten, und wenn man sie beachtet, zeichnen sie ein ernüchterndes Bild der Herausforderungen, vor denen wir stehen. Im Diagnosebericht der Planungskommission, der vor einigen Jahren veröffentlicht wurde, werden neun zentrale Herausforderungen aufgeführt, darunter:

den neun zentrale Herausforderungen aufgeführt, darunter:

*„Zu wenige Südafrikaner arbeiten.  
Die Qualität der Schulbildung für die meisten Schwarzen ist unterdurchschnittlich.  
Schlecht gelegene und unzureichende Infrastruktur schränkt die soziale Eingliederung und das Wachstum ein.  
Die Armen werden durch räumliche Probleme weiterhin ausgegrenzt.  
Das marode öffentliche Gesundheitssystem ist mit einer massiven Krankheitslast konfrontiert.  
Die Leistung des öffentlichen Dienstes ist uneinheitlich.  
Die Korruption untergräbt die staatliche Legitimität und die Erbringung von Dienstleistungen.  
Südafrika bleibt eine gespaltene Gesellschaft.“*

Wenn wir ehrlich sind – und das müssen wir sein –, dann werden wir bereitwillig zugeben, daß das Südafrika des Jahres 2022 weit von dem entfernt ist, was wir uns 1994 vorgestellt haben. Während wir an einigen Fronten beträchtliche Fortschritte erzielt haben, haben wir an vielen anderen kaum so gut abgeschnitten, wie wir es hätten tun sollen und können! Die Treue zur Verfassung erfordert keine unkritische Akzeptanz – wir müssen in der Lage sein, die Verfassung zu kritisieren und ihre Bestimmungen gegebenenfalls zu überarbeiten, aber dieser Prozeß muß von der richtigen Frage geleitet werden: Wenn sie nicht funktioniert,



Regierung hoch anzurechnen, daß sie gerichtliche Anordnungen auch dann befolgt hat, wenn sie auf der falschen Seite dieser Anordnungen stand. Die Tatsache, daß die Rechtsstaatlichkeit zu einem bedeutenden Merkmal bei der Regulierung der Macht und ihrer Ausübung geworden ist, ist vielleicht zu einem großen Teil der Rechtsprechung der Gerichte zu verdanken – das Legalitätsprinzip, die Begriffe der verfahrensmäßigen und materiellen Fairness und das Konzept der Rationalität haben alle zu dem unbestrittenen Grundsatz beigetragen, daß die Macht rechtmäßig ausgeübt werden muß.

3. Armut und Ungleichheit. Die *Bill of Rights* mit ihren umfassenden Bestimmungen, die nicht nur die klassischen bürgerlichen und politischen Rechte abdecken, sondern auch ein starkes Engagement für soziale und wirtschaftliche Rechte im Rahmen der Förderung der sozialen Gerechtigkeit beinhalten, wurde von allen als die Bedingungen und der Umfang des Versprechens auf ein besseres Leben und als Mittel zur Befreiung und Entfaltung des Potentials aller angesehen. In Anbetracht der Tatsache, daß der Übergang zur Demokratie nur mit politischen Veränderungen einherging und daß die wirtschaftliche und soziale Landschaft nach dem 28. April 1994 unverändert blieb, kam der Bill of Rights eine noch größere Bedeutung zu.

Während in diesem Bereich zweifellos viel Erfreuliches zu verzeichnen ist, darunter die meisten bürgerlichen und politischen Rechte – Wahlrecht, Vereinigungsfreiheit, freie und unabhängige Medien, Gleichheit vor dem Gesetz –, sind die Fortschritte in anderen Bereichen und insbesondere bei der Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der Menschen sehr viel langsamer.

Während der Rechtsrahmen nach wie vor wichtig ist, haben wir auch die Kommodifizierung von Rechten erlebt – diejenigen, die sich Rechte leisten können, kaufen sie und damit ein privates System, in dem die Menschen Bildung, Gesundheitsfürsorge, Wohnraum, soziale Sicherheit, Sicherheit und sogar Gleichheit vor dem Gesetz kaufen, während andere auf das öffentliche System und den Staat angewiesen sind, um diese Rechte zu erhalten. Die Idee, daß wir alle vor dem Gesetz gleich sind, wird in unserem Rechtssystem täglich auf die Probe gestellt. Menschen, denen der Verlust ihrer Wohnung oder ihres Lebensunterhalts droht, können sich nicht auf den Schutz des Gesetzes berufen, weil sie nicht über die nötigen Mittel verfügen, während andere einen Rechtsstreit führen können, sogar um Angelegenheiten zu verteidigen, die im Großen und Ganzen als unbedeutend angesehen werden können. Das

Versprechen der Gleichheit vor dem Gesetz klingt unter solchen Umständen hohl, und es ist ein schwacher Trost für jemanden, der seine Wohnung verloren hat, wenn er daran erinnert wird, daß er vor dem Gesetz tatsächlich gleich ist. Das entspricht nicht gerade der Vorstellung einer egalitären Gesellschaft, sondern ist eher geeignet, die Idee einer geteilten Gesellschaft zu festigen.

**U**nd wie geht es nun weiter? Erstens bleibt die Verfassung meines Erachtens ein dauerhafter Rahmen für die laufende Umgestaltung unserer Gesellschaft. Ihre Fähigkeit, die Realität der Südafrikaner unabhängig von ihrer Situation anzusprechen, hat zumindest die Entwicklung eines Bewußtseins für die Verfassung ermöglicht. Viele haben die Verfassung als Schwert eingesetzt, um ihre Position zu stärken und Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die sich ihnen in den Weg stellen, und als Schutzschild, um sich vor den Auswüchsen der Macht zu schützen. Viele andere hingegen warten noch immer darauf, daß ihr Versprechen eingelöst wird.

Wir wissen, daß die Herausforderungen, vor denen wir stehen, gewaltig sind, aber wir haben immer noch den kollektiven Willen, unsere Gesellschaft zu verändern. Ein echter Wandel kann jedoch nicht nur ein Lippenbekenntnis sein. Er erfordert das Engagement von uns allen und eine grundlegende Änderung der Strukturen, die uns nach wie vor zu einer so ungleichen und uneinheitlichen Gesellschaft machen. Ungleichheit und Armut stellen eine erhebliche Bedrohung für unsere zerbrechliche Demokratie dar. Letztendlich muß die Demokratie das einlösen, was sie verspricht, nämlich soziale Gerechtigkeit und Gleichheit – wenn sie das nicht tut, welchen Wert hat dann ein demokratisches System noch? Welchen Wert hat es, es zu verteidigen, wenn es angegriffen wird?

Heute fragen wir uns: Wie war es möglich und wie konnten Südafrika und die Welt zulassen, daß die Apartheid so lange überlebt hat? Dieselbe Frage wird auch an uns gestellt werden – nämlich wie konnte eine Gesellschaft, die so viel gelitten und geopfert hat, zulassen, daß Armut und Ungleichheit so lange bestehen, obwohl wir die Mittel und die Fähigkeit hatten, sie zu überwinden? Wie wird unsere Antwort lauten?

*Jody Narandran Kollapen wurde im Dezember 2021 von Staatspräsident Cyril Ramaphosa zum Mitglied des südafrikanischen Verfassungsgerichtshofs ernannt. Wir danken ihm für die Überlassung seines Textes (redaktionell gekürzt).*

# Autorinnen in Namibia

*Ein Projekt zum 30. Jahrestag der Unabhängigkeit Namibias, Covid-bedingt in zwei Fortsetzungen zur Woche der Bibliotheken 2021 und zum Internationalen Frauentag 2022. Von Andreas Burghofer.*

Die AMARA-Frauenbibliothek in Linz startete zum 30. Jahrestag der Unabhängigkeit Namibias 2020 mit mir ein Projekt über namibische Autorinnen, nachdem mir gefallen war, daß die Herausgeberin eines der Bücher in der Bibliothek, Florence Hervé, sich auch für die Freiheit der kurdischen Politikerin Leyla Zana engagiert hatte. Florence selbst ist natürlich keine Namibierin, aber in ihrem Buch „*Namibia – Frauen mischen sich ein*“ kommen auch etliche Frauen aus dem Land selbst zu Wort: Nashilono Elago Shivute berichtet aus Katutura, dem ehemaligen schwarzen Township von Windhoek, Liz Frank, eine Namibia-Deutsche und Mitgründerin der Frauenzeitschrift *Sister*, über Bildungschancen und andere Themen, Elisabeth Khaxas über Gewalt gegen Frauen, und Rosa Namises trägt das einzige Gedicht des Buches bei.

Aus einem anderen Blickwinkel berichtet das Buch einer weiteren Autorin mit deutschen Wurzeln, der Farmersfrau Ilse Schatz, aber doch nicht ganz anders: So wie sich Hervé für die Kurdinnen engagierte, lagen Ilse Schatz die San-Frauen am Herzen, genaugenommen die Hai||om („*Unter Buschleuten*“, 1993). Schatz, die 88-jährig 2017 verstorben ist, hat sich auch Verdienste erworben um die Gründung des Museums in Tsumeb, einer Bergbaustadt, die bei Sammlern bekannt ist als jener Ort weltweit, an dem die meisten verschiedenen Mineralien gefunden wurden.

Eine andere Autorin, die ebenfalls verstorben ist – allerdings in viel jüngeren Jahren –, ist Neshani Andreas, deren einziges Buch, „*The purple violet of Oshaantu*“, im kleinen Namibia eine literarische Sensation war. Das Werk handelt von zwei Freundinnen im ländlichen Namibia, von denen die eine von ihrem Ehemann mißhandelt wird, während die andere einen Mann hat, der sie gut behandelt und die deswegen zeitweise Schuldgefühle entwickelt. Der gewalttätige Mann stirbt schließlich an Aids, und die Verwandtschaft des Mannes macht die Frau für seinen Tod verantwortlich ...

Ebenfalls nur ein Buch hat Lydia Heelu veröffentlicht, die Gedichtesammlung „*Ancient African Glory*“. Auch sie war selbst von Gewalt in der Ehe betroffen, allerdings in den USA, ließ sich schließlich scheiden und kehrte nach Namibia zurück, wo sie jetzt ein Community-Café betreibt.

Eine Gedichtesammlung „*Shower of Voices*“, haben auch Victoria T. Hasheela und Tumweneni Nghaamwa herausgegeben, die beide aus dem Norden des Landes kommen: Neben ihren dichterischen Aktivitäten haben sie Informatik bzw. Medizin studiert. Eine weitere Sammlung von Kurzgeschichten und Gedichten, allerdings durchgängig zweisprachig, hat das Arts Performance Center in der Bergbaustadt Tsumeb publiziert: „*Stories from Namibia / Geschichten aus Namibia*“. Diese stammen von Kindern und Jugendlichen beiderlei Geschlechts. Die meisten der Geschichten sind kurz und vermitteln für sich alleine keinen tieferen Einblick in das Land, aber wenn man alle liest, kann man eine Menge über das Land und die Sorgen und Probleme seiner Bewohner lernen.

Mehr im Bereich Phantasy angesiedelt sind die Geschichten von Mary Manyando, alle drei aber nur in englischer Sprache: „*Faces of Man, Hearts of Animals*“, „*Rise, Chosen One*“ und „*Stare at Daggers*“. Die Autorin kommt aus der Caprivi-Region und arbeitet als Betreuerin für gehörlose Kinder. Auch Martha Sibila |Khoeses hat mit dem Buch „*The Gold Trail*“ eine Phantasy-Story mit einem afrikanischen Hintergrund und aus afrikanischer Perspektive geschrieben. |Khoeses hat darüber hinaus ein weiteres Buch veröffentlicht, „*Let me Dream*“, das darauf abzielt, das Selbstvertrauen namibischer Frauen durch kreative Betätigung zu stärken. Martha |Khoeses ist auch Gründerin einer Selbsthilfegruppe für Eltern von Kindern, die unter Schreib-Leseschwäche leiden. An Selbstvertrauen mangelte es der Journalistin und Gründerin einer Wochenzeitschrift und einer Tageszeitung, Gwen Lister nie. Gwen Lister stammt aus Südafrika, wählte aber das damals noch völkerrechtswidrig von Südafrika besetzte Namibia als Wahlheimat. Dort grün-

dete sie nach einer bereits abenteuerlichen journalistischen Karriere 1985 den *Namibian*, eine englischsprachige Tageszeitung, die in Opposition zum südafrikanischen Apartheidregime stand. Sie wurde deswegen juristisch verfolgt, und der südafrikanische Geheimdienst plante auch, sie zu ermorden, wie sich nach dem Ende der Apartheid in Südafrika herausstellte. Der *Namibian* war indes auch nach der Unabhängigkeit stets unbequem für die neue, demokratisch gewählte Regierung. 2021 veröffentlichte sie schließlich ihre Autobiografie *„Comrade Editor: On life, journalism and the birth of Namibia“*. Das Buch gibt nicht zuletzt einen tiefen Einblick in die internationale Politik dieser Zeit, was auch zum besseren Verständnis mancher Dinge, die sich gerade jetzt abspielen, beiträgt.

Die letzte der Autorinnen ist die einzige nicht-deutschstämmige, die in deutscher Sprache schreibt: Lucia Engombe. Lucia, geboren 1972, lebte 10 Jahre in der damaligen DDR, da ihre Eltern bei der Befreiungsbewegung SWAPO aktiv waren und die Tochter bei den sozialistischen Freunden für die Zeit nach der Befreiung ausgebildet werden sollte. Die Befreiung kam, allerdings auch das Ende der DDR, und die wiedervereinigten Deutschen wollten keine Namibia-Kinder mehr haben, während Lucia sich auch in Namibia schwer tat, weil sie inzwischen den Deutschen viel ähnlicher geworden war als ihren Verwandten von der Volksgruppe der Owambo. Diese Erfahrung verarbeitete sie in ihrem Buch *„Kind Nr. 95, meine deutschafrikanische Odyssee“*. Lucia hat schließlich Journalismus studiert und arbeitet jetzt beim deutschsprachigen Programm des namibischen Rundfunks.

abgesehen von den in der Frauenbibliothek in Linz (zuletzt zum Tag des Buches am 23. April 22) vorgestellten Autorinnen gibt es noch einige weitere, die zu erwähnen wären, etwa Clarice Gille-Theys aus Rehoboth, die zu den wenigen afrikaanssprachigen Autorinnen zählt, oder Magdalena Shamena, die in *„Wir Kinder Namibias“* über den Lebensweg von ihr und ihrem Mann im Widerstand gegen die südafrikanische Besetzung Namibias berichtet. Oder die in Namibia lebende Deutsche Anna Mandus, die erst seit 2015, aber seither regelmäßig literarisch und biografisch über das Land schreibt. Über einige der genannten Autorinnen gibt es Wikipedia-Artikel oder Beiträge des Namibiana-Buchdepots [www.namibiana.de](http://www.namibiana.de).

Andreas Burghofer (Linz) ist Vorstandsmitglied der Österreichischen Namibia-Gesellschaft.

## Restitution an Namibia – Leihgabe oder Schenkung?

dreißig Museumsstücke, darunter ein uraltes dreiköpfiges Trinkgefäß, eine Puppe in einem traditionellen Kleid sowie verschiedene Speere, Haarteile und andere modische Accessoires wurden von Deutschland an Namibia zurückgegeben.

Die *Stiftung Preußischer Kulturbesitz* (SPK), die das Berliner Museum, in dem sich die Objekte befanden, betreibt, teilte nicht mit, warum die Objekte nicht einfach nach Namibia zurückgeführt, sondern als „Dauerleihgabe“ zur Verfügung gestellt wurden.

Lokale Medien berichteten, die SPK gehe nicht davon aus, daß die Objekte je nach Deutschland zurückgegeben werden. Die Stücke wurden von namibischen Experten aufgrund ihrer historischen, kulturellen und ästhetischen Bedeutung ausgewählt. Das Nationalmuseum von Namibia wird sie einheimischen Künstlern und Wissenschaftlern zu Forschungszwecken zur Verfügung stellen.

„Dies ist ein Schritt zur Aufarbeitung der langen, komplexen Geschichte, die Namibia und die Deutschen verbindet“, sagte Esther Moombolah, Direktorin des Nationalmuseums von Namibia.

„Wir fordern alle künftigen Partner auf, es dieser Einrichtung gleichzutun“, sagte sie und betonte die Forderung, daß die Namibier „nicht in ein Flugzeug steigen müssen, um ihre Kulturschätze zu sehen, die in Kisten in ausländischen Einrichtungen aufbewahrt werden“.

Auch der südafrikanische Museumsexperte Ciraj Rassool begrüßte in einem Interview die Rückkehr. „Dies ist der Beginn einer neuen Phase, und hoffentlich wird es mit diesen Rückführungen gelingen, die Restitutionsfrage weiter zu intensivieren“, sagte der Historiker. Rassool bestritt, daß es sich bei der Leihgabe um ein „Geschenk“ der Europäer handeln würde. Afrikaner hätten Anspruch auf die Objekte erhoben. „Letztlich geht es dabei um ein Projekt, an dessen Ende die Restitution steht.“ (zum Thema: INDABA 113/22).

# Nochmals: DDR und Afrika

*Nicht nur INDABA kommt immer wieder auf dieses vielschichtige Thema zurück, auch in der Wissenschaft findet es Interesse.*

Eric Burton – Anne Dietrich – Immanuel R. Harisch – Marcia C. Schenck (Hg.), **Navigating Socialist Encounters** (Berlin/Boston, de Gruyter/Oldenbourg, 2021). 399 S.

In der letzten Zeit ist im mannigfachen Spektrum der Forschungen zur Geschichte der deutsch-afrikanischen Beziehungen eine verstärkte Hinwendung zur Untersuchung der Beziehungen der vor mehr als dreißig Jahren untergegangenen DDR zu nationalen Befreiungsbewegungen, vor allem im südlichen Afrika, sowie zu den seit den 1960er Jahren entstehenden jungen Nationalstaaten zu konstatieren (INDABA 55/07 und 107/20). Vor allem eine neue Generation von Historikern hat die Beziehungen insbesondere zwischen den Jahren 1960 bis 1990 als wichtigen und lohnenswerten Gegenstand ihres Forschungsinteresses entdeckt. Einige Herausgeber bzw. Verfasser haben eigenständige, den aktuellen internationalen Forschungsstand durchaus befruchtende Publikationen vorgelegt und somit zugleich die noch immer vorhandenen Desiderata in den akademischen Fokus gerückt.

In diesem Sammelband sind Studien enthalten, die zu innovativen Ergebnissen zu bestimmten Aspekten dieser Forschungsrichtung zählen werden. Einige der Verfasser bzw. Verfasserinnen arbeiten an entsprechenden Fragestellungen für ihre Dissertationen oder haben diese gerade fertiggestellt. Das bringt zuweilen Schwung in die doch ab und an festgefahrenen zeitgeschichtlichen Debatten. Andererseits hätte man sich ein verstärktes Eingehen auf bereits vorliegende Forschungsergebnisse vorstellen können.

Außer einer Einführung und einem hilfreichen Index werden dreizehn Studien präsentiert, die drei Themenkomplexen zugeordnet sind. Etwas seltsam mutet an, daß einige Herausgeber sich im Index oftmals selbst wiederfinden lassen, wie Burton (17 mal), Harisch (23 mal) oder Schenk (28 mal). Andere Namen sucht man hingegen dort vergeblich.

Unter der Überschrift „Shaping Pioneering Institutions“ werden Kontroversen zwischen Auslandskulturinstitutionen der DDR und der BRD, kenyanische Studentenorganisationen im Vergleich zwischen DDR und Jugoslawien, der Aufenthalt afrikanischer Gewerkschafter zur Weiterbildung in der Gewerkschaftshochschule in Bernau bei Berlin sowie die Verhandlungen zwischen Regierungsvertretern der DDR sowie Moçambiques zum Abschluß eines Vertrags zur Entsendung von erst später sogenannten Vertragsarbeitern vorgestellt und analysiert.

Weitere Aufsätze befassen sich mit den unterschiedlichsten Begegnungen zwischen DDR-Bürgern und Afrikanern. Leider kommen afrikanische Beiträger/innen mit eigenständigen Aufsätzen in dem vorzustellenden Sammelband nur in einigen Fällen zu Wort. So ein Ghanaer, dessen Bericht aus dem Jahre 1964 von Immanuel R. Harisch ediert und kommentiert wird, sowie einige Moçambikaner – aus Moçambique weilte bekanntlich die zahlenmäßig größte afrikanische Gruppierung als Vertragsarbeiter/innen in der DDR.

Positiv ist zu bewerten, daß einige bereits vorliegende Selbstzeugnisse auch in anderen Beiträgen Berücksichtigung fanden. Allerdings ist der Aussagewert eines ehemaligen moçambikanischen Vertragsarbeiters, aus dessen Biografie von Marcia C. Schenck einige Aspekte ediert werden, sehr fragwürdig. Läßt er doch auch in diesem Aufsatz beispielsweise erklären, daß ein 1986 durch einen Unfall tragisch ums Leben gekommener Moçambikaner angeblich „his friend“ (S. 252) gewesen und einem rassistisch motivierten Mord zum Opfer gefallen sei, der auf Anweisung von Partei- und Staatsführung der DDR vertuscht werden sollte.

Laut aktueller investigativer journalistischer sowie polizeilicher Recherchen kannte das angebliche Opfer im wahren Leben allerdings gar nicht, und das angeblich rassistische Tötungsdelikt, um das sich in den letzten zwei Jahren eine empörte Reaktion vornehmlich in den ostdeutschen Medien entspann, ist in keiner Weise belegbar. Es ist zu

bezweifeln, daß so eine Person als glaubwürdiger Zeitzeuge zu bewerten ist, selbst wenn in seinem Bericht deutlich wird, welche Unterstützung die Vertragsarbeiter bis 1989 von staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen erfahren haben.

Selbst wenn es zu den erwähnten Kritikpunkten oder auch zu weiteren hier nicht näher erwähnten Monita in den einzelnen Beiträgen Nachfragen, Diskussionsbedarf, Widerspruch gibt, überwiegen doch die positiven Eindrücke des Gelesenen. Die hier präsentierten Ergebnisse stellen in der Tat nützliche Fundamente für weitergehende Forschungsthemen dar. Dabei wird zu beachten sein, daß manche Aufsätze zwar versuchen, neue Blickwinkel und Schlußfolgerungen zu präsentieren, daß dazu aber so manche bereits vorliegende ältere Ausarbeitungen zu finden gewesen wären – wenn man sie gesucht hätte.

Leider haben deutsche Leser, die der englischen Sprache nicht mächtig sind, nicht viel von dem Buch – das ist sehr schade!

Ulrich van der Heyden

Daniel Lange, **Turnschuhdiplomatie. Die internationalen sportpolitischen Beziehungen der DDR nach Afrika als besonderer Bestandteil ihrer Außenpolitik 1955-1990** (Berlin, Deutsche Hochschule für Gesundheit und Sport, 2022). 602 S.

Auch wenn der Sport der DDR mit seinen Rekorden und Medaillen als eines ihrer weltweiten Aushängeschilder galt, fehlte bisher eine detaillierte Untersuchung ihrer internationalen Sportbeziehungen. Der vorliegende Band holt dies in Form einer erstmaligen außen- und sportpolitischen Studie am Beispiel Afrikas nach und erörtert, welche Rolle die vielfältigen Facetten des Sports in der Afrikapolitik der DDR spielten und mit welchen Interessen sie in den Bereichen der Diplomatie, der kulturellen Auslandsarbeit, des Leistungssports oder des Außenhandels verknüpft waren.

Das Buch beleuchtet die Zeit von 1955 bis 1990 und stützt sich u. a. auf viele, teils erstmals recherchierte Quellen. Schwerpunkte bilden ausführliche Studien zu Nordafrika (Ägypten, Algerien), Westafrika (Ghana, Mali, Guinea) sowie Äthiopien und Moçambique. Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Leistungssport und Trainerbildung der Deutschen Hochschule für Gesundheit und Sport in Berlin und Vorstandsmitglied der Deutsch-Namibischen Gesellschaft.

Alice Schalek, **Reportagen von den Rändern der Moderne. Reiseberichte aus Afrika, Indien sowie Nord- und Südamerika in den 1920er- und 1930er Jahren.** Herausgegeben von Gabriele Habinger (Wien, Promedia 2021). 296 S.

„Wie entstehen im gebildeten Europäer Vorstellungen von fernen Ländern? Durch die Bücher der Reisenden, die vorher dort gewesen sind, jetzt auch noch durch das lebende und sprechende Bild. Aber sonderbar! Ein Urbegriff aus Entdeckerzeiten, der sich einmal in Europa festgesetzt hat, ist nicht so leicht auszurotten; ja, modernere Reisende schmeicheln oft diesem Klischee, indem sie es womöglich noch verstärken.

Wer in Ostafrika reist, schildert Abenteuer – das erwartet man daheim von ihm. Werde ich meine Leser nicht enttäuschen, wenn ich ihnen begreiflich zu machen suche, daß es heutzutage das Abenteuer in Ostafrika nicht mehr gibt? Daß es im Film durch Tricks und Verlogenheit künstlich hergestellt wird?“ (S. 175).

Kaum zu glauben – aber das stammt tatsächlich von Alice Schalek, von der Schalek, die man aus Karl Kraus' „Die letzten Tage der Menschheit“ zu kennen glaubt. Auch hier wird man sich von einem Klischee verabschieden müssen: Als „Grande Dame der gehobenen Wiener Gesellschaft und des Reisefeuilletons“ (S. XXVI) war sie eine zwiespältige, in mancher Hinsicht aber überraschend weltoffene und engagierte Persönlichkeit, wie Herausgeberin Gabriele Habinger in ihrem klugen und lesenswerten Vorwort verdeutlicht.

Auch ihre Berichte aus Kenya, Uganda, Südafrika und Namibia bleiben einem kolonialen und *upper class*-Ambiente verhaftet, gehen über den üblichen touristischen Blick aber hinaus und versuchen, ihrem Publikum Bilder eines „modernen“ Afrika zu vermitteln. „Die Wirklichkeit feierlicher Sitten wohlherzogener Schwarzer in Afrika ist himmelweit von den Kriegstänzen nackter Wilder entfernt, mit denen wir noch immer das ‚dunkle Afrika‘ zu versinnbildlichen lieben.“ (S. 208).

Walter Sauer

# Helmut Ornauer †

*Wie wenige andere mobilisierte der im 83. Lebensjahr Verstorbene die katholische Kirche in Österreich gegen die Apartheid. Walter Sauer sagt danke.*

Vor vielen Jahren, wohl Anfang der 1980er, erhielt ich die Einladung der Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für Mission und Entwicklung (KOO), an einem Gespräch mit dem südafrikanischen Wirtschaftshistoriker Francis Wilson teilzunehmen. Bei der Begegnung, die von KOO-Direktor Helmut Ornauer organisiert worden war, ging es um neue Forschungen zur Wanderarbeit in Südafrika und wie dieselbe als eine der Grundlagen für die „große Apartheid“ Südafrikas zwecks ökonomischer Ausbeutung schwarzer Arbeitskraft fungierte. An dieses Gespräch mußte ich als erstes denken, als ich die Nachricht von Helmut's Hinscheiden am 25. April 2022 erhielt, zufälligerweise einen Tag nach dem Tod von Francis Wilson.

Seitens der katholischen Kirche wurde auf die Verdienste des 83-jährig Verstorbenen ehemaligen Vizepräsidenten der Katholischen Aktion um die kirchliche und öffentliche Entwicklungszusammenarbeit verwiesen. „Dabei legte Ornauer großen Wert auf ein bestmögliches Zusammenspiel verschiedener Politikbereiche wie Entwicklungs-, Außen-, Handels-, Währungs- und Landwirtschaftspolitik und kritisierte Versäumnisse der heimischen Politik, aber auch der EU bei der Entwicklungszusammenarbeit.“ (Heinz Hödl).

Zu Recht fanden am Rande dabei auch die Solidaritätsaktion und der Sanktionsappell der KOO zu Südafrika 1985 und 1986 Erwähnung. Helmut Ornauer interessierte sich für den Freiheitskampf in Südafrika, als dies im katholischen Raum – sehr zum Unterschied zum protestantischen – noch kaum jemand tat, er nahm frühzeitig Kontakt



zur Anti-Apartheid-Bewegung auf (siehe oben) und hatte keine Berührungspunkte zum African National Congress.

Seinem Engagement, das vom zuständigen Bischof Florian Kuntner unterstützt wurde, war es primär zu verdanken, daß es zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen der KOO und der Anti-Apartheid-Bewegung kam. Eine gemeinsam redigierte Broschüre „Südafrika – Apartheid“,

die mit Unterstützung des Unterrichtsministeriums in tausenden Exemplaren an österreichischen Schulen verteilt wurde, war eines der Resultate. 1986, nach der Verhaftung des Generalsekretärs der südafrikanischen Bischofskonferenz, Smangaliso Mkhathshwa, stiegen auch die österreichischen Bischöfe in die Solidaritätskampagne ein. Die Verweigerung der Einreiseerlaubnis für eine von Kuntner geleitete Delegation von *Justitia et Pax* durch die Apartheidbehörden 1988 irritierte große Teile der katholischen Basis und brachte den damaligen ÖVP-Außenminister Alois Mock unter Druck.

Für die österreichische Solidarität mit der unterdrückten Bevölkerung in Südafrika (und Namibia) – wie auch bei vielen anderen Herausforderungen der sogenannten Dritten Welt – hat Helmut Ornauer Wesentliches geleistet. Er wird uns als ein Gerechter, aber auch als liebenswürdiger, interessanter und interessierter, manchmal zu Recht eigensinniger Freund in Erinnerung bleiben. Hamba Kahle, Helmut!



# Projekt „Begegnung Südliches Afrika“ unterwegs

*Arbeit global denken – aber wie? Mit dieser Frage startete das von der Austrian Development Agency geförderte Projekt „Begegnung südliches Afrika – Leben und Arbeit global gedacht“ am 28. März 2022. SADOCC und die Gewerkschaft GPA luden zu einer Auftaktkonferenz in Wien ein (INDABA 113/22). Mittlerweile fanden erste Seminare statt bzw. werden für den Herbst vorbereitet.*

Grundidee des SADOCC-GPA-Projekts ist es, zunächst in Seminaren und Workshops Informationen die Funktionsweisen transnationaler Produktionsnetzwerke, sozio-ökonomischer Ungleichheiten und politischer Alternativen aufzuarbeiten. In einem zweiten Schritt besteht für die Teilnehmer/innen die Möglichkeit, sich direkt mit Akteur/inn/en in Südafrika, Namibia, Zimbabwe und Moçambique über politische Alternativen auszutauschen, etwa in WhatsApp-Gruppen oder Zoomschaltungen ([www.sadocc.at/dialogprojekt/](http://www.sadocc.at/dialogprojekt/)).

Nach der Auftaktkonferenz beschäftigten sich am 24. und 30. Mai zwei Einführungsworkshops (online) mit Erscheinungsformen und Ursachen sozialer Ungleichheit in den vier genannten Schwerpunktländern sowie mit Herausforderungen interkultureller Kommunikation und Globalen Lernens (Gestaltung: Heidi Grobauer [[www.komment.at](http://www.komment.at)] und Walter Sauer).

Das erste themenzentrierte Seminar fand am 21. Juni in der Wein- und Obstbauschule Silberberg (Leibnitz, Steiermark) statt, die vor einigen Jahren eine önologische Studienreise ins Western Cape organisiert hatte. Dabei ging es um eines der Schwer-

punktthemen des Projekts, nämlich um Weinbau und -handel in bzw. mit Südafrika. Sandra Feichtner (Dreikönigsaktion) beschäftigte sich mit



Boniface Mabanza bei der Auftaktkonferenz

Geschichte des Weinanbaus in Südafrika, Grundbesitzverhältnissen und Landreform sowie mit den Lebensbedingungen der Arbeiter/innen auf den Weinfarmen, die den meisten Touristen nur von Weinverkostungen her bekannt sind. Franz G. Rosner von der HBLA und Bundesamt für Wein- und Obstbau (Klosterneuburg) ging auf den Handel ein und zog einen Vergleich der südafrikanischen und der österreichischen Weinproduktion in Sachen Nachhaltigkeit.

**P**rekäre Arbeit – prekäres Leben. Informelle Beschäftigung im

Südlichen Afrika und Österreich“ steht im Mittelpunkt des nächsten Seminars, das im Oktober in Linz stattfinden wird. Keinen Dienstvertrag, kein fixes Einkommen und keine soziale Absicherung zu haben, gehört laut OECD für mehr als die Hälfte der globalen Erwerbsbevölkerung zur Lebensrealität. Im Südlichen Afrika arbeiten zum Teil mehr als zwei Drittel der „Beschäftigten“ in der Schattenwirtschaft, d. h. daß sie über kein reguliertes und stabiles Beschäftigungsverhältnis verfügen und somit auch keine Rechte, Interessensvertretung, Absicherung in Notfällen und im Alter haben. Besonders Frauen arbeiten überdurchschnittlich häufig informell und tragen die sozio-ökonomischen Konsequenzen. Referentinnen: Barbara Rohregger (Expertin für soziale Sicherungssysteme im globalen Süden), Heidrun Aigner (UNDOK – Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen Unterstützung *UNDOK*umentiert Arbeitender) und Lorraine Sibanda (Präsidentin der *Zimbabwe Chamber of Informal Economies*, Harare; vgl. INDABA 104/19). Weitere Informationen und Anmeldung für Projekt oder einzelne Seminare unter [dialogprojekt@sadocc.at](mailto:dialogprojekt@sadocc.at).



# Impressionen aus dem Festspielhaus St. Pölten

## **BROKEN CHORD**

von Gregory Maqoma



© Lolo Vasco

[www.festspielhaus.at/de/kalender/gregory-maqoma](http://www.festspielhaus.at/de/kalender/gregory-maqoma)



Österreichische Post AG  
PZ 22Z042795 P  
SADOC, Favoritenstraße 38/18/1, 1040 Wien

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1



**19. bis 26. September 2022**  
**Eintragungswoche gegen Rassismus**



Mit dem Black Voices Anti-Rassismus Volksbegehren gibt es die einmalige Chance, Anti-Rassismus Forderungen ins Parlament zu bringen. Unterschreibe deshalb von 19. bis 26. September und unterstütze bis dahin unsere Arbeit mit einer Spende!  
IBAN: AT12 2011 1843 7065 9700



Black Voices Volksbegehren



@blackvoicesvolksbegehren



www.blackvoices.at